

Türkei

Funda Tekin*

Die Türkei ist weiterhin ein Land von wichtiger strategisch-politischer, wirtschaftlicher und außenpolitischer Relevanz für die EU sowie für die Stabilität der gesamten Region.¹ Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat dies und insbesondere die Bedeutung der Türkei innerhalb der NATO verstärkt. Gleichzeitig bleibt die Türkei ein schwieriger Partner. Die Hoffnung der westlichen Verbündeten, dass die Türkei in der neuen Krise „vorsichtig auf den Westen zugehen werde“², hat sich aufgrund der türkischen „strategischen Ambiguität“³ oder „Schaukelpolitik“⁴ nur bedingt bestätigt. Darüber hinaus bleibt die Situation mit Blick auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte⁵ sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes besorgniserregend. Als positiv mit möglichen Anknüpfungspunkten für die EU-Türkei Beziehungen kann die Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens im Herbst 2021 hervorgehoben werden.

Innenpolitischer Druck: Eine Wahl wirft ihre Schatten voraus

Der innenpolitische Druck auf Präsident Recep Tayyip Erdoğan und seine Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) wird immer größer – vor allem wegen der prekären wirtschaftlichen Lage. Auch das Krisenmanagement Erdoğan während der verheerenden Waldbrände im Sommer 2021 hat nicht dazu beigetragen, das Vertrauen der türkischen Bevölkerung zu stärken. Während die türkische Wirtschaft im Jahr 2021 noch ein starkes Wachstum aufweisen konnte (11 Prozent), fällt die Prognose für 2022 weitaus schwächer aus (2,7 Prozent).⁶ Ansteigende Inflation und die starke Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen sind weiterhin die „Achillesverse“ der Türkei.⁷ Offiziell lag die Inflation im April 2022 bei 70 Prozent. Darüber hinaus ist der Abwertungsdruck auf die Türkische Lira sehr groß. Sie hat im Jahr 2021 40 Prozent an Wert verloren und bis zum Sommer 2022 weitere 27 Prozent. Diese Entwicklungen sind bereits seit längerem deutlich in den

* Die Autorin dankt Christina Gofner für die Hintergrundrecherchen zu diesem Beitrag.

- 1 Europäisches Parlament: Report on the 2021 Commission Report on Turkey, 2021/2250(INI), 7.2.2021.
- 2 Günter Seufert: Erdoğan's Drahtseilakt: Im Konflikt um die Ukraine geht die Türkei vorsichtig auf den Westen zu, SWP Kurz gesagt, 4.3.2022.
- 3 Ilke Toygür: Why is there no place for strategic ambiguity this time around on the European continent?, SWP Point of View, 2.3.2022.
- 4 Tomas Avenarius: Erdoğan, der "Friedenspräsident"? Unfug, in: Süddeutsche Zeitung, 7.8.2022.
- 5 Freedom House: Turkey, Freedom in the World 2022, abrufbar unter <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-world/2022> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- 6 Katrin Pasvantis: Die Risiken für die türkische Wirtschaft nehmen zu, Germany Trade and Invest, 1.6.2022, abrufbar unter <https://www.gtai.de/de/trade/tuerkei/wirtschaftsumfeld/die-risiken-fuer-die-tuerkische-wirtschaft-nehmen-zu-247908> (letzter Zugriff: 18.10.2022).
- 7 TÜSIAD: Some Thoughts on Turkey's 2022 Macroeconomic Outlook, März 2022, S. 2, abrufbar unter <https://tusiad.org/en/reports/item/10965-report-turkey-s-2022-macroeconomic-outlook> (letzter Zugriff: 12.10.2022).

Portemonnaies der Bürger:innen angekommen. Zusätzlich liegt die Arbeitslosenquote bei fast 12 Prozent.⁸

So ist es nicht verwunderlich, dass die Umfragewerte für die AKP und Präsident Erdoğan kontinuierlich sinken. Im Mai 2022 lag die AKP bei 31 Prozent, was im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 2018 einen Rückgang von über 10 Prozent darstellt. Einen vergleichbaren Einbruch zeigen die Werte für Präsident Erdoğan, die von 52,6 Prozent Stimmenanteil in 2018 auf 41,5 Prozent in den Umfragen vom Juli 2022 abgefallen sind.⁹

Die aktuelle Lage in der Türkei hat somit viel Potenzial, die Weichen auf Wandel zu stellen – insbesondere, weil 2023 planmäßig die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen anstehen. Es wäre verfrüht, eine verlässliche Prognose für die Durchführung oder den Ausgang dieser Wahlen zu geben. Es lohnt sich aber, verschiedene Faktoren und Szenarien zu bedenken. Sechs Oppositionsparteien – das Nationen-Bündnis¹⁰ sowie die von der AKP abgespaltenen Parteien Zukunftspartei (GP) und die Partei für Demokratie und Fortschritt (DEVA) – haben sich im Februar 2022 zusammengeschlossen und auf wichtige Eckpunkte einer gemeinsamen politischen Ausrichtung verständigt. Besondere Aufmerksamkeit erzeugte dabei der Entschluss zur Rückkehr zu einer parlamentarischen Demokratie mit lediglich repräsentativer Funktion des Präsidenten. Die Chancen für ein solches transformatives Vorhaben stehen nicht ungünstig, da die Wähler:innen die schlechte wirtschaftliche Situation auf das Präsidentsystem zurückführen und Erdoğan zum ersten Mal seit langer Zeit nicht als klarer Favorit in den Wahlkampf startet. Dennoch ist es kein Selbstläufer und wird viel politischen Willen und Zeit für den nötigen administrativen Wandel erfordern.¹¹ Erdoğan hat seine Kandidatur bereits verkündet. Das Oppositionsbündnis hat sich bisher noch auf keinen Kandidaten oder Kandidatin festgelegt. Es hat sich aber darauf verständigt, dass die entsprechende Person „versöhnlich, liberal und verdienstvoll“ sein und „demokratischen Werte verinnerlicht haben, das ganze Volk umfassen und politische Moral übernehmen“ müsse.¹² Auch strukturelle Faktoren werden Einfluss auf die Wahlen nehmen können: Eine Änderung des Wahlgesetzes vom März 2022 hat die Parliamentshürde von 10 Prozent auf 7 Prozent gesenkt. Dies kommt vor allem der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) entgegen, deren Umfragewerte im Mai 2022 bei 7 Prozent lagen.¹³ Sie dürfte so auch ohne ein Wahlbündnis mit der AKP eine Chance auf den Einzug ins Parlament haben. Darüber hinaus haben sich die Konditionen für die Teilnahme von Parteien an den Wahlen und für die Umrechnung der Stimmenanteile auf die Sitzverteilung im Parlament geändert. Letzteres ist zu Lasten kleinerer Parteien ausgestaltet und könnte der AKP und MHP zu einer eigenen Mehrheit im Parlament verhelfen.¹⁴ Die pro-kurdische Demokratische Partei der Völker (HDP) muss sogar gänzlich um ihre Teilnahme an den Wahlen

8 Zu den Zahlen vgl. Pasvantis: Die Risiken für die türkische Wirtschaft nehmen zu, 2022; Katrin Pasvantis: Arbeitsmarkt, 14.7.2022, abrufbar unter <https://www.gtai.de/de/trade/tuerkei/wirtschaftsumfeld/arbeitsmarkt-686154> (letzter Zugriff: 14.10.2022).

9 Politpro: Election trends and latest election polls for Turkey, abrufbar unter <https://politpro.eu/en/turkey> (letzter Zugriff: 25.10.2022).

10 Bestehend aus der Republikanischen Volkspartei (CHP), der Demokratischen Partei (DP), der Guten Partei (IYI) und der Partei der Glückseligkeit (SP).

11 Für eine detaillierte Analyse siehe Berk Esen: Post-2023 Election Scenarios in Turkey, SWP-Comment 55/2022.

12 Hürriyet Daily News: Opposition alliance identifies their presidential candidate profile, 25.4.2022.

13 Politpro: Election trends and latest election polls for Turkey.

14 Für eine ausführliche Bewertung der Gesetzesänderung siehe European Commission for Democracy through Law (Venedig Kommission)/OSZE: Türkiye. Joint Opinion on the Amendments to the electoral legislation by law No. 7393, CDL-AD(2022)016, 20.6.2022.

hängen, da seit Juni 2021 Verfahren zum Parteiverbot sowie Politikverbot für 500 Parteimitglieder anhängig sind.¹⁵

Eine altbewährte Strategie Erdoğan's, um innenpolitischen Druck abzumildern, ist ein starkes außenpolitisches Auftreten, bei dem er für die Nation eintritt und der Türkei zu ihrem Recht verhilft. Dies sollte im Folgenden mitgedacht werden.

Außenpolitische Entwicklungen: Die Strategie der Schaukelpolitik

Die türkische Außenpolitik hat in den vergangenen Monaten einen vorrangigen Aspekt in der Betrachtung des Landes eingenommen. Drei Gründe hierfür sollen beleuchtet werden:

Erstens hat Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine die geopolitische Rolle der Türkei stärker auf die internationale Agenda gesetzt. Die Türkei war bestrebt, einen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten, ohne ihre Beziehungen zu den involvierten Parteien maßgeblich zu belasten. Kurz vor der russischen Invasion sollten die ökonomischen Beziehungen der Türkei zur Ukraine durch ein Freihandelsabkommen ein solides Fundament erhalten. Die Beziehungen zu den westlichen Verbündeten waren nicht zuletzt aufgrund des Kaufs des russischen S-400 Luftwaffenabwehrsystem sehr belastet. Die USA verhängte sogar Sanktionen gegen den NATO-Verbündeten im Rahmen des Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (CAATSA).¹⁶ Der Krieg in der Ukraine eröffnet die Möglichkeit für eine Wiederannäherung. Gleichzeitig sind die Beziehungen zu Russland für die Türkei nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Aspekten wichtig. Auch die energiepolitischen Beziehungen sind ein relevanter Faktor. Die Türkei bezieht mehr als 30 Prozent ihres Gases aus Russland und ist somit weltweit der zweitgrößte Abnehmer – nach Deutschland.¹⁷ Zusätzlich bauen Russland und die Türkei gemeinsam das Atomkraftwerk Akkuyu. Die Türkei beteiligt sich nicht an Sanktionen gegen Russland. Gleichzeitig hat sie aber im März 2022 basierend auf Artikel 19 der Montreux Konvention von 1936 den Bosphorus und die Dardanellen für russische Kriegsschiffe geschlossen. Hauptsächlich sieht die Türkei sich als Mediator zwischen Russland und der Ukraine sowie dem Westen. Die türkische Regierung konnte maßgeblich zur Auflösung der Blockade von Getreidelieferungen aus der Ukraine beitragen. Darüber hinaus hat Erdoğan wiederholt zu Gesprächen und Verhandlungen auf türkischem Boden eingeladen. Diese Mediationsversuche waren jedoch außer im Fall der Getreideverhandlungen nicht von Erfolg gekrönt. Insbesondere das erste Treffen zwischen dem russischen und ukrainischen Außenminister in Antalya am 10. März 2022 geriet zur Farce, weil schnell deutlich wurde, dass Sergei Lawrow nicht bereit war, sich überhaupt auf Gespräche einzulassen. Erdoğan hat sich seit Beginn des Krieges öfter mit Wladimir Putin getroffen, als der Ukraine einen Besuch abzustatten. Er versucht darüber hinaus seine geopolitische (Macht)Position mit Blick auf die NATO auszuspielen. So blockierte er zunächst die Beitrittsaspirationen von Finnland und Schweden zur NATO durch ein Veto. Erst nach langen Verhandlungen und durch ein gemeinsames Memorandum, in dem Finnland und Schweden die Aufhebung von Waffenembargos zusagten, die USA sich bereitklärte, F16 Kampffjets zu liefern und Schweden eine Verschärfung des Antiterrorgesetzes und somit die Überprüfung von möglichen Ausweisungen von mehr als 70 kurdischen Personen zusagte, konnte die Entscheidung zur Aufnahme der beiden Länder getroffen werden.

15 Siehe zur Relevanz für die Wahlen Mesut Yeğen: Erdoğan and the Turkish Opposition Revisit the Kurdish Question, SWP Comment 28/2022.

16 Vgl. Ilke Toygur et.al.: Turkey's foreign policy and its consequences for the EU, Europäisches Parlament In-Depth Analysis, PE 653.662, Februar 2022, S. 26.

17 Rafic Latta: Ukraine War Complicates Turkey's Gas Challenge, Energy Intelligence, 9.3.2022.

Allerdings hat das türkische Parlament die Beitritte noch nicht ratifiziert, und es scheint unwahrscheinlich, dass sich die Türkei in diesem Punkt vor den anstehenden Wahlen noch bewegen wird.

Zweitens müssen die Pläne der Türkei für eine mögliche fünfte Intervention im Nordsyrien im Blick behalten werden. Allerdings scheint die Türkei, nachdem sie entsprechende Spekulationen genährt hat, seit Herbst 2022 einen Strategiewechsel zu vollziehen und einen versöhnlicheren Ton in der Syrienpolitik anzuschlagen.

Drittens ist der Konflikt um Zypern wieder verstärkt in den Fokus getreten. Nach einer Phase der angespannten Ruhe Anfang 2021 verfolgt die Türkei und die international nicht anerkannte Türkische Republik Nordzypern offensiv eine Zwei-Staaten-Lösung. Im Sommer 2022 hat die Türkei erneut Explorationsschiffe ins östliche Mittelmeer entsendet und ein Abkommen zur Erkundung von Kohlenwasserstoff unterzeichnet, welches die Exklusiven Wirtschaftszonen im östlichen Mittelmeer missachtet. Dieser Krisenherd, der 2020 im Fokus gestanden hatte, ist demnach noch lange nicht beruhigt und sorgt weiterhin für Spannungen zwischen der Türkei, Zypern und Griechenland sowie auch der EU.

EU-Türkei Beziehungen: Was nun? Eine bestätigte Leerstelle

Für die EU-Türkei Beziehungen ist die Verurteilung Osman Kavalas, seit 2017 inhaftierter türkischer Unternehmer und Kulturförderer, im April 2022 an Relevanz nicht zu unterschätzen. Der Europarat hat im Dezember 2021 ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und die Forderung von zehn westlichen Botschafter:innen Kavala freizulassen, führte zu einem diplomatischen Eklat. Der Kavala-Fall gilt als Sinnbild der Missachtung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und demokratischen Werten in der Türkei.

Das angespannte Verhältnis zwischen der EU und auch Deutschland einerseits und der Türkei andererseits zeigte sich in einer Pressekonferenz während eines Treffens der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock und ihrem türkischen Counterpart Mevlüt Çavuşoğlu. Zwei Dinge wurden deutlich: Es gibt noch immer zahlreiche Konfliktpunkte in den Beziehungen und beide Seiten sind aktuell nicht bereit, ihre gegenläufigen Positionen diplomatisch zu verhüllen. Ausschlaggebend hierfür sind unter anderem die Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei.

Dies führt auch dazu, dass die Türkei in der aktuell neu belebten Debatte um die Erweiterung der EU¹⁸ eine Leerstelle darstellt. Sollte Erdoğan die Wahlen 2023 verlieren, ist davon auszugehen, dass Brüssel und die Mitgliedstaaten einen kooperativeren Ton gegenüber der Türkei anschlagen werden. Allerdings ist es unsicher, ob die anstehenden Wahlen die Türkei zurück auf den Pfad der Demokratie bringen und die Probleme in den Beziehungen lösen können. Daher ist es dringend notwendig, zu überlegen, wie und wo man die Beziehungen für beide Seiten vorteilhaft am Leben erhalten kann. Die Europäische Politische Gemeinschaft, die am 6. Oktober 2022 ihre konstituierende Sitzung hatte, könnte hierfür einen Rahmen darstellen.

Weiterführende Literatur

Defne Gönenç: Turkey-Asia Relations in a Changing Global Political and Economic Order, Yaşar University Centre for Mediterranean Studies Policy Paper I, 2022.

Wulf Reiners/Ebru Turhan (Hg.): EU-Turkey Relations – Theories, Institutions, Policies, Cham 2021.

Funda Tekin/Anke Schönlau (Hg.): The EU-German-Turkish Triangle. Narratives, Perceptions and Discourse of a Unique Relationship, Baden-Baden 2023 (im Erscheinen).

18 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.